



Informationen und Positionen

Im Internet: www.linkes-buendnis-dortmund.de
c/o Oesterholzstraße 27 44145 Dortmund Tel: 0231.814709

Parteilose Linke, DKP und SDAJ

Spendenkonto: 181033169 Sparkasse Dortmund (44050199)

Schwarz auf Weiß - Informationen für Dortmunder/innen von "Linkes Bündnis Dortmund" Jan/Febr 07

Sitzung des Rats am 14. Dezember

Zur Erinnerung: Dies ist kein Protokoll - es werden nur ausgewählte Tagesordnungspunkte aus der Sicht des Ratsmitglieds Wolfgang Richter für "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" festgehalten und kommentiert. Das offizielle Protokoll kann später in der Internetseite der Stadt Dortmund eingesehen werden.

Kommunaler Haushalt

Der Rat hatte den Haushaltsentwurf 2007 zu beschließen und hat dies auch mit den Stimmen der Fraktionen von SPD/Grüne praktisch in der Fassung beschlossen, die die Verwaltung vorgelegt hatte. Alle Änderungsvorschläge

wurden abgelehnt.

"Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" hatte in seiner Arbeitsgruppe eine ausführliche Analyse und Stellungnahme entwickelt und der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Fazit:

"Haupttendenz des Haushalts: Zunahme der Schulden und Abhängigkeit von den Banken. Es können keine Akzente mehr durch Haushaltspolitik gesetzt werden. Primat der privaten Ökonomie und des Erzielens von Profit. Das ist die Vorbereitung weiterer Privatisierungen. Zugenommen haben die Schulden und die Suppenküchen. Dieser Haushalt ist abzulehnen!"

Im Ergebnis der Stellungnahme wurde als Änderungsantrag ein Kommunales Sofortprogramm eingebracht:

Kommunales Sofortprogramm in Höhe von 100 Millionen Euro in der Ausbildungs-, Arbeits-, Sozial- und Investitionspolitik

Einführung des Nulltarifs im Öffentlichen Nahverkehr für Alg-II-Empfänger und Einkommensschwache:

Zahlreiche Initiativen, Sozialverbände und politische Gruppen und Parteien fordern den Null-Tarif bei Bus und Bahn für alle Inhaber des "Dortmund-Passes" - mit dem Erhalt bzw. der Wiedergewinnung von Mobilität im öffentlichen Raum wird der sozialen Isolation, in die Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut geraten, entgegengewirkt.

Einrichtung und Besetzung von mind. 100 zusätzlichen Ausbildungsplätzen bei der Stadt Dortmund:

Die Ausbildungsplatzsituation ist katastrophal. Auch in Dortmund entziehen sich gerade Großbetriebe ihrer Ausbildungsverpflichtung. Selbst die Stadtverwaltung bildet viel weniger aus als die insbesondere von Jugendverbänden geforderten 10% der Gesamtbelegschaft. Der Bedarf an neuen Beschäftigten ist nach jahrelangem Einstellungsstopp ohne Zweifel gegeben.

Übernahme von mind. 100 Ein-Euro-Jobbern in unbefristete tariflich bezahlte Arbeitsverhältnisse:

Die vorliegenden Erkenntnisse über "Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung" zeigen deutlich, dass das Instrument arbeitspolitisch nicht wirksam und nicht gesetzeskonform durchführbar ist. Es muss nun begonnen werden, aus dafür geeigneten Arbeitsgelegenheiten im System der städtischen Betriebe feste, tariflich fixierte Arbeitsverhältnisse zu machen.

Maßnahmen zur Sanierung der städtischen Infrastruktur:

Die in vielen Bereichen gefährdete städtische Infrastruktur (z. B. Schulen und andere öffentliche Gebäude, Abwasserkanalnetz, Sportstätten, Grünanlagen, Spielplätze, Radwegenetz) ist hoch sanierungsbedürftig. Die dringend notwendigen Investitionen werden u.a. in der Bauwirtschaft zum Erhalt und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze dienen.

Finanzierungssicherung für die sozialen Dienste, Initiativen und Projekte, die Opfer eines jahrelangen Sparkurses wurden:

Viele Einrichtungen (wie Aids-Hilfe, Drogenhilfe u. a. m.) können ihre Arbeit wegen der Mittelkürzungen der vergangenen Jahre kaum noch durchführen. Nur mit einer ausreichenden finanziellen Ausstattung können sie ihre Hilfsangebote, die für viele Menschen überlebensnotwendig sind, aufrechterhalten und weiter entwickeln.

Ausstattung der Jugendhilfedienste mit 50 neuen Stellen

Aufgrund der desolaten Personalausstattung können die Jugendhilfedienste ihre notwendigen Aufgaben nur eingeschränkt erfüllen. Daraus erwächst ein Gefahrenpotential für Kinder, Jugendliche und Familien in sozialen Notlagen. Die ver.di-Forderung von 50 neuen Stellen ist berechtigt und muss adäquat beantwortet werden.

Ergebnis: Wie zu erwarten, wurde der Änderungsantrag insgesamt abgelehnt. Der von der Verwaltung vorgelegte Entwurf des Haushalts 2007 wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen angenommen. Die ausführliche "Stellungnahme zum Haushaltsentwurf Dortmund 2007" kann im Internet gelesen und kopiert oder auf Papier angefordert werden. (Adressen vgl. Seite 1 oben)

Antrag auf

Weihnachtshilfe für Empfänger von ALG II und Empfänger von Sozialgeld sowie für Heimbewohner ... namens "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" bitte ich um Aufnahme des o.a. Punktes in die Tagesordnung und lege folgenden Antrag vor:

Der Rat der Stadt Dortmund beschließt eine Weihnachtsbeihilfe 2006

- für Bezieher von ALG II
- für Empfänger von Sozialgeld
- für Heimbewohner, die Taschengeld nach dem SGB beziehen, aber keine Weihnachtsbeihilfe erhalten

Die Weihnachtshilfe ist zweckgebunden und bis zum 24.12.2006 auszuzahlen. Sie beträgt

- für den Haushaltsvorstand 80 Euro
- für Haushaltszugehörige 60 Euro
- für Heimbewohner 55 Euro

Begründung: Die Bestimmungen der Regelsatzverordnung sehen vor, dass die im BSHG gewährten einmaligen Leistungen wie die Weihnachtsbeihilfe nicht mehr gezahlt werden. In den Regelsätzen ist allerdings das Ansparen von Summen zur Gestaltung des Weihnachtsfestes und für Geschenke in der Familie bzw. in den Bedarfsgemeinschaften nicht enthalten. Die Kommunen sind gehalten, ihre Fürsorgepflichten in diesem Punkt selbst zu beraten und zu entscheiden. Die erforderlichen Mittel sind im Haushalt zu finden.

Ergebnis: Der Antrag wurde im Rahmen der Beratung des Haushalts behandelt - nicht beraten - und abgelehnt.

Kommentar: Die soziale Frage ist kein ernsthafter Beratungsgegenstand für die Fraktionen im Rat der Stadt und schon gar keinen Beschluss wert, der den Menschen helfen kann. Auch wenn ganz offensichtlich zusätzliche Mittel da sind, wird die Möglichkeit nicht ergriffen, die soziale Lage der vielen Menschen am Existenzrand zu bessern. Die Möglichkeit dazu wird nicht einmal diskutiert – darin sind sich die Fraktionen in allem Theaterstreit einig, ob sie den Haushalt nun annehmen oder ablehnen. Die Fraktionen heißen SPD, CDU, Grüne, FDP/Bürgerliste.

Anfragen und Antworten

Trägerausschuss ARGE

Frage: ... vor einem Jahr hat der Rat im Rahmen organisatorischer Maßnahmen zu Hartz IV beschlossen "... Zur Sicherstellung politischer Partizipation wird in § 4 Abs.1 der Gründungsvereinbarung ein Trägerausschuss (Gesellschafterausschuss) als weiteres Organ der ARGE aufgenommen ... " und diesen Ausschuss proporzmäßig mit sechs Mitgliedern des Rates und dem Oberbürgermeister besetzt.

Dem Rat wurde bisher kein Bericht über die Tätigkeit dieses Ausschusses übermittelt, sodass eine "Sicherstellung politischer Partizipation" hier nicht erkennbar oder gar prüfbar geworden ist, weder in der Sache noch in der Wirkung dieser Partizipation.

Namens "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" frage ich:

1. Wurde dieser Ausschuss konstituiert und welche Verfassung hat er?

2. Wie oft hat dieser Ausschuss getagt und welche Themen hat er behandelt?

3. Welche Initiativen gingen von den Ratsmitgliedern im Ausschuss aus?

4. Welche Beschlüsse wurden gefasst und welche Ergebnisse wurden erzielt?

5. Wo und wie wird über die Arbeit des Ausschusses berichtet?

Antwort: ... Zu 1. Die konstituierende Sitzung des Trägerausschusses der JobCenterARGE Dortmund hat am 25.04.06 stattgefunden. Der Ausschuss arbeitet auf der Grundlage einer Geschäftsordnung, die von den Gesellschaftern Argentur für Arbeit – vertreten durch den Vorsitzenden der Geschäftsführung, Herrn Schickentanz - und Stadt Dortmund – vertreten durch den Oberbürgermeister, Herrn Dr. Langemeyer – im September 2006 in Kraft gesetzt wurde.

Zu 2. Der Trägerausschuss hat bisher viermal getagt. Der Trägerausschuss hat die Aufgabe, die Trägerversammlung zu beraten und die Beschlüsse der Trägerversammlung vorzubereiten. In diesem Sinne hat sich der Trägerausschuss bisher schwerpunktmäßig mit

- Ø der Bilanz des Jahres 2005
- Ø der Erarbeitung der Geschäftsordnung
- Ø dem Arbeitsmarktprogramm für 2006
- Ø dem Zielvereinbarungsprozess für 2006
- Ø den Statusberichten 1. Halbjahr 2006 und 3. Quartal 2006
- Ø den gesetzlichen Änderungen im SGB II
- Ø der Dortmunder Initiative gegen Langzeitarbeitslosigkeit –DOGELA-
- Ø der AGH-Statistik 2006
- Ø dem Zielvereinbarungsprozess für 2007

befasst. Zu 3. Die Beratungen des Trägerausschusses sind nicht öffentlich.

Zu 4: Der Trägerausschuss ist ein Beratungsgremium für die Gesellschafterversammlung und fasst als solches keine eigenständigen Beschlüsse. Den Empfehlungen des Trägerausschusses ist die Gesellschafterversammlung jedoch stets gefolgt.

Zu 5: Über die Sitzungen des Trägerausschusses werden Niederschriften gefertigt, die auch den im Trägerausschuss vertretenen Fraktionen zugeleitet werden. Ansonsten bedarf eine Informationsweitergabe der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung.

Kommentar: Zur Erinnerung: Der Trägerausschuss war eingerichtet worden, um die Umsetzung von Hartz IV politisch zu kontrollieren. Es war zu vermuten – die Öffentlichkeit hört nicht nur nichts von diesem Trägerausschuss, sie wird systematisch nicht informiert. Über Ein-Euro-Jobs und die Kungelei mit ihnen spricht man nicht.

Vereinbarung ARGE

Frage: ... vor einem Jahr hat der Rat folgendermaßen beschlossen: "... Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Umsetzung der Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs.3 SGB II eine Vereinbarung mit der Agentur für Arbeit über die Festschreibung von maximal 1350 Arbeitsgelegenheiten, die innerhalb des Konzerns Stadt Dortmund zur Verfügung gestellt werden, sowie über die Mindestanforderungen an die Vereinbarungen über Leistungen der Eingliederung nach SGB II über 5 Jahre abzuschließen. Die Verwaltung wird ermächtigt, alle in diesem Zusammenhang erforderlichen haushalts- und personalwirtschaftlichen Maßnahmen einzuleiten ..."

Namens "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" frage ich:

1. Wurde diese Vereinbarung so geschlossen?
2. Wie ist die Vereinbarung im einzelnen paraphiert?
3. Welche haushalts- und personalwirtschaftlichen Maßnahmen wurden durchgeführt?
4. Wo und wie sind sie im Haushalt 2006 und im Entwurf 2007 festgeschrieben?

Antwort: Zu 1. Die Vereinbarung wurde mit dem „Zweiten Ergänzungsvertrag zur Gründungsvereinbarung“ am 21.12.05 so geschlossen.

Zu 2. Die Vereinbarung wurde für die Agentur für Arbeit vom Vorsitzenden der Geschäftsführung, Herrn Schickentanz und für die Stadt Dortmund von mir unterzeichnet.

Zu 3. Zur Planung und Durchführung der Arbeitsgelegenheiten im Konzern Stadt Dortmund wurde der Fachbereich 50/7 im Sozialamt gebildet, der die Rechtsnachfolge für die Dortmunder Dienste angetreten hat. Bei 50/7 sind derzeit 43 Mitarbeiterinnen (38,34 vollzeitverrechnet) beschäftigt. 35 dieser Kräfte sind von den Dortmunder Diensten übernommen worden. Weitere 15 ehemalige MitarbeiterInnen der Dortmunder Dienste GmbH wurden in die JobCenterARGE Dortmund umgesetzt.

Zu 4: Die zur Umsetzung der Arbeitsgelegenheiten notwendigen Haushaltsmittel wurden unter dem Produkt 50_0900506 – Umsetzung von Arbeitsgelegenheiten im Konzern Stadt Dortmund - in den Haushaltsplan 2006 (Seite 929) und in den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2007 (Seite 926) eingestellt.

Kommentar: Demnach befasst sich ein/e Beschäftigte/r im Sozialamt, Fachbereich 50/7, mit der Organisation, Verwaltung und Betreuung von ca. 30 Ein-Euro-Jobs. Das ergibt bei dem Zuschuss von ca. 300 Euro/Ein-Euro-Job einen Umsatz von 9000 Euro/Beschäftigte/n, da bleibt einiges übrig und wird anders verwendet ...

Sachstand "3do"

Die ausführliche Frage von Oktober 06 wurde in "Informationen und Positionen" Nr. 10.06 und im Internet veröffentlicht, beantwortet wurde sie erst in der Dezembersitzung wie folgt:

Antwort: ... nach Einholen einer Äußerung des Investors Sonae nehme ich wie folgt Stellung:

1. Welche Probleme in Vertrags-, Rechts- und Finanzierungsfragen sind für eine evtl. Realisierung noch zu lösen?

Notwendige Verträge (es handelt sich stets um bilaterale) sind:

- Grundstücksverträge mit verschiedenen Eigentümern, insb. DB AG (inkl. Tochtergesellschaften)/Sonae Sierra S.G.P.S, SA (nachfolgend „Sonae“ genannt) und DB AG/Stadt Dortmund
- Rahmenvertrag („Bahnpaket“) DB AG/Sonae
- Absichtserklärung zwischen den Vorhabenträgern und der Stadt Dortmund („Memorandum of Understanding“); siehe Drucksache Nr.: 06848-06
- Bilaterale Rahmenvereinbarung zwischen DB Station & Service AG und der Stadt Dortmund; siehe Drucksache Nr.: 06849-06
- Liegenschaftsvertrag DB Station & Service AG/Stadt Dortmund
- die Förderverträge
 - Land NW/DB AG (55 Mio. €) - unterschrieben
 - Bund/DB AG (75 Mio. €) - soll zusammen mit Grundstücksverträgen und dem Vertragswerk zwischen Sonae und der DB AG unterschrieben werden.

Die grundstücksbezogenen Verträge sind im Wesentlichen endverhandelt.

Der Rahmenvertrag DB AG/Sonae, das „Bahnpaket“, kann innerhalb weniger Wochen zur notariellen Reife geführt werden.

Der Fördervertrag mit dem Land Nordrhein-Westfalen ist unterschrieben. Der Fördervertrag mit dem Bund soll zusammen mit den vorgreiflichen Verträgen und dem „Bahnpaket“ unterschrieben werden. Eine entsprechende Zusicherung des Bundesministeriums liegt schriftlich vor.

Die Finanzierung des Projektes ist durch die Förderzusagen, einer entsprechenden Finanzierungszusage der Bank sowie durch das notwendige Eigenkapital durch Sonae gesichert.

Rechtsprobleme zwischen den Projektpartnern werden nicht mehr gesehen.

Gegen den Bebauungsplan InW 120 ist beim OVG NW, Münster, eine Normenkontrollklage eingereicht worden, die das OVG mit Datum 02.11.06 der Stadt Dortmund zur Stellungnahme übersandt hat. Diese Stellungnahme wird derzeit erstellt, das weitere Verfahren bleibt abzuwarten.

2. Welche Inhalte sind derzeit für Konsumsektor und Unterhaltungssektor vorgesehen und qualitativ gesichert?

Die Investitionsabsichten für den Konsumsektor sind im Städtebaulichen Vertrag definiert. Sonae hat sich wiederholt zum Städtebaulichen Vertrag bekannt. Die Investitionsabsichten im Unterhaltungssektor sind durch die Machbarkeitsstudie (die dem Rat am 19.05.05 im Rahmen der Beschlussvorlage bzgl. des Vorbescheides zum Bauvorhaben vorgelegt wurde) aufgezeigt worden. Dies ist Grundlage für das Baugenehmigungsverfahren.

3. Welche Änderungen haben Bauvolumen, Funktionen und Konstruktionen gegenüber der Planung angenommen, die den Genehmigungen zugrunde lag?

Genehmigungen: Planfeststellung, Vorbescheid, Bauvolumen, Funktionen: keine Änderungen, Konstruktionen: Umstellung der Konstruktion der Tragplatte über dem Bahnhofsteil von einer Stahltragplatte auf eine Betontragplatte.

4. Welche Gestaltung hat das Ensemble nach außen und nach innen inzwischen angenommen?

Die Gestalt des Ensembles in den Stadtraum sowie in den Innenräumen ist nach wie vor auf dem Stand der Planung, die dem AUSW, bzw. dem Rat der Stadt, bekannt ist. Etwaige Änderungen werden nur in Abstimmung mit der Stadt Dortmund vorgenommen. Sie werden sich im Wesentlichen auf die innere Ausgestaltung beziehen.

5. Mit welchem Ergebnis wurden die Auflagen des Eisenbahnbundesamtes bearbeitet und wie werden sie befolgt?

Der Planfeststellungsbeschluss vom 03.02.06 ist unanfechtbar geworden. Die aus ihm resultierenden Auflagen sind im Wesentlichen technischer Natur und werden im Zuge der Ausführungsplanung abgearbeitet.

6. Machen die Änderungen in der Planung die Erneuerung der bisherigen Verfahren und Genehmigungen erforderlich?

Derzeit ist eine Änderung zum Planfeststellungsbeschluss in Bearbeitung, welche insbesondere die Umstellung der Konstruktion von einer Stahltragplatte auf eine Betontragplatte beinhaltet. Weitere das Verfahren betreffende Änderungen sind momentan nicht erkennbar.

7. Welche Zeitpläne bestehen derzeit für eine evtl. Durchführung und die Anbindung aller Verkehrssysteme?

Weiter u u u

Der Zeitplan sieht aktuell vor, dass die dem AUSW bekannte Planung der Projektpartner inkl. der Anbindungen der Verkehrswege bis Ende 2010 vollständig fertig gestellt ist. Das gilt auch für die Verknüpfungen zwischen DB-Personentunnel und Stadtbahntunnel. Lediglich die Umbau- und Erweiterungsmaßnahme der Stadtbahnhaltestelle selber wird einen längeren Zeitraum beanspruchen.

Andere Gebäude (z.B. die drei skulpturalen Baukörper an der Steinstraße), die durch andere Investoren realisiert werden, sind naturgemäß von diesen Vorhabenträgern abhängig.

8. *Welche Einschränkungen sind in der Bauzeit für diese Verkehrssysteme einzeln und insgesamt eingeplant?*

Während der Bauzeit wird jeweils nur ein Bahnsteig mit den angrenzenden beiden Gleisen gesperrt. Nach bisherigen Erkenntnissen werden dadurch keine Zugausfälle zu beklagen sein. Die Durchquerung des Bahnhofes und somit die Anbindung der Nordstadt, als auch die Zugänglichkeit der Stadtbahn, ist in allen Bauzuständen gesichert. Die heute bestehenden Breiten der Zuwege U-Bahn zur S-Bahn werden temporär um bis zu 50% eingeschränkt sein. Nach Fertigstellung des neuen Verbindungstunnels Nord zwischen Hauptbahnhof und U-Bahn-Tunnelanlage wird temporär der südliche Zugang bis auf 20% der heutigen Wegbreite eingeschränkt sein (ca. 3 Monate). Taxen- und Bushaltestellen werden während der Bauzeit weiter in Richtung der Steinstraße verschoben. Zugänge zum Bahnhof werden, wie bei Maßnahmen dieser Art üblich, in Form von Provisorien realisiert.

9. *Wie wird gesichert, dass das Baugeschehen im Rahmen der Tarifverträge und sonstiger arbeitsrechtlicher Qualitätsstandards erfolgt?*

Momentan läuft die Ausschreibung für die Verkehrsstation. Es ist geplant, die Verkehrsstation an ein Generalunternehmen oder eine ARGE aus mittelständischen Unternehmen zu vergeben. Für die Einhaltung der Tarifverträge und sonstiger Qualitätsstandards sind entsprechende Vorkehrungen in den Ausschreibungsunterlagen getroffen, die sich an den gesetzlichen Regelungen bzw. den Städtebaulichen- und Bahn-Verträgen orientieren. Die Vergabe des Einkaufs- und Freizeitcenters wird voraussichtlich in Blockvergaben vorgenommen. Diese Verträge werden freihändig ausgeschrieben. Auch bei diesen Ausschreibungen ist die Einhaltung der Tarifverträge und sonstiger Qualitätsstandards entsprechend berücksichtigt.

Kommentar: Der OB hat überlange für eine Antwort gebraucht, die der Dezernent – Herr Sierau - zu verfassen hatte. So viel wurde selten geflunkert, geeiert, gedruckst. Die Antwort wurde trotzdem von den Ereignissen überholt! Inzwischen hat der Investor Teilarbeiten ausgeschrieben, offenbar probeweise, und findet die angebotenen Preise zu hoch. Wenn die nicht reduziert werden können, könne er das ganze Projekt nicht machen!! Das wäre weise und gut für Dortmund. (Wie es für's erste weitergeht vgl. hier Seite 6 oder im Internet)

Südbad und die Lage in den Hallenbädern

Die Fragen waren bereits am 25. Oktober gestellt worden!

Antwort: *Zu 1. Wie ist der aktuelle Stand der Fertigstellung und welche zeitliche Perspektive hat die Wiederaufnahme des Bade- und Sportbetriebs im Südbad?*

Die Arbeiten schreiten zügig und entsprechend der Bauzeitenplanung voran. Insbesondere ist ein großer Fortschritt im Schlüsselgewerk Fliesenarbeiten aufzuzeigen. Der Trainingsbetrieb für die Wettkampfschwimmer kann ab dem 06. Januar 2007 planmäßig aufgenommen werden. Ein Wiedereröffnungstermin für den öffentlichen Badebetrieb

wäre aus bautechnischer Sicht Ende Januar / Anfang Februar 2007 möglich. Hier wird noch kurzfristig eine Abstimmung erfolgen, um die betrieblichen Belange einfließen zu lassen.

Zu 2. Welche Einschränkungen haben sich für die verschiedenen Gruppen von Nutzer/innen der übrigen Hallenbäder – womöglich unterschiedlich - ergeben und wie wurden sie gelöst?

Während der Schließung des Südbades sind Schulen und Vereine weitestgehend auf andere Bäder verteilt worden. Hierdurch haben sich zeitliche Einschränkungen der dort angesiedelten Nutzergruppen ergeben, wobei die einzelne Nutzung in Gesprächen mit allen Beteiligten abgesprochen wurde.

Zu 3. Welche organisatorischen und Überlastungsprobleme haben sich für die übrigen Hallenbäder – womöglich unterschiedlich – ergeben und wie wurden sie gelöst?

Bedingt durch die Tatsache, dass das Personal des Südbades in anderen städtischen Hallenbädern eingesetzt wird und dort eine Ausweitung der öffentlichen Nutzungszeit erfolgte, konnten Organisations- und Überlastungsprobleme vermieden werden.

Zu 4. Welche finanziellen und sonstigen Hilfen haben die Hallenbäder erhalten?

Es wurden keine zusätzlichen Finanzmittel für andere Bäder bereitgestellt.

Zu 5. Welche zusätzlichen Kosten haben sich durch die Verzögerung insgesamt ergeben?

Die Mehrkosten, die sich durch die Verzögerung in der Bauausführung aber auch durch die sportspezifische Ausstattung des Bades ergeben haben, belaufen sich auf rd. 860.000,00 €. Hierzu verweise ich auf die zeitgleiche Ratsvorlage "Grundsanierung Südbad" (Drucksachen-Nr. 07285-06) die in der Ratssitzung am 14.12.2006 behandelt werden wird.

Kommentar: In der Ratssitzung wurde eine Kostenaufstellung zur Kenntnis gegeben. Die Schuld- und Regressfrage wird offenbar gutachterlich und womöglich nur per Rechtsstreit geklärt werden können. War die Kompetenz des städtischen Vergabe-, Bau- und Kosten-Controlling hier überfordert? Wessen Verantwortung ist gefragt? Der Dezernent für's Sportative ist Stüdemann, der Dezernent für die Immobilien der Stadt ist/war Herr Fehlemann. Sieht ganz danach aus, dass es an dem hängen bleibt, der weg ist, die einfache Lösung.

— Dank und Bitte zugleich —

Dank gebührt allen, die dem "Linken Bündnis Dortmund" Spenden überwiesen haben – sie ermöglichen uns, wenigstens in kleinem Maß über unsere Arbeit zu informieren, eine Homepage zu betreiben, Flugblätter herzustellen, Transparente anzufertigen, Briefe zu versenden ...

Wir bitten nicht nachzulassen, sondern nach Möglichkeit noch eins drauf zu legen! Unser Spendenkonto ist im Kopf der Titelseite zu finden. Spenden für Wählergemeinschaften sind steuerlich absetzbar.

— Einladung —

Dortmunder Antifa-Gespräche 2007

Am 26. Februar um 19.00 Uhr im Wichernhaus

Rassismus und Antisemitismus
in deutschen Fußballstadien

Mit Martin Endemann, Bündnis aktiver Fußballfans, Berlin

Aus Anlass des Holocaust-Gedenktages am 27. Januar gestalteten Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ, WASG, Linkspartei.PDS und DIDF am 26. Januar eine Großwerbetafel in der City. Die schon traditionell genutzte "Werbefläche" im Angesicht des Rathauses zeigt das Motiv über einen Zeitraum von zehn Tagen. In der ersten Nacht wurden die Logos der beteiligten Organisationen ausgerissen und mussten erneuert werden. Die Aktion gehört in die Kampagne: Das Verharmlosen beenden!



Damals wie heute - Nazis sind Verbrecher

Kind im Warschauer Ghetto

Vor 74 Jahren - Ende Januar 1933 - wurde Adolf Hitler vom damaligen Reichspräsidenten Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Die sofort einsetzenden Verhaftungs- und Verfolgungswellen ließen ahnen: Faschismus bedeutet

Terror nach innen und Krieg nach außen. Schnell bestätigte sich diese Befürchtung: Im Laufe seiner zwölf Herrschaftsjahre hat der Nationalsozialismus sechs Millionen jüdische und fünf Millionen nicht-jüdische Menschen in

Gefängnissen, Konzentrations- und Vernichtungslagern ermordet. Der von ihm verursachte Zweite Weltkrieg kostete mehr als 50 Millionen Menschen das Leben. Genau das ist es, was uns heute die modernen Nazis wieder androhen, wenn

sie formulieren: „Nie wieder Krieg - nach unserem Sieg.“ (Nazi-Kundgebung in Dortmund, September 2005)

Es liegt an uns, sie zu stoppen. Damals wie heute - Nazis sind Verbrecher.



DIE LINKE. PDS
Dortmund

linkes Bündnis
DORTMUND
Parteilose Linke, DKP & SDAJ



28.01.07 - Brief an die Lokalmedien (ohne Medienecho):

Das "3 do" steht wieder auf Kippe

Der Spekulant sagt: Die Ausschreibung habe erbracht, dass das Ding teurer würde, als er geschätzt und zur Förderung mit reichlich öffentlichen Mitteln vorgelegt hatte. Politik und Verwaltungsspitze hatten seine Schätzung akzeptiert, dazu sind sie ja da – die Renditeerwartungen von Multis zu erfüllen. Da kann so ein Projekt gar nicht unvernünftig genug sein.

Der Spekulant hatte schon vor Monaten gesagt, wenn das passiert, will er den Deal nicht machen. Politik und Verwaltungsspitze hatten wie all die Jahre zuvor gesagt, oh bitte, lass uns abwarten, vielleicht geht es ja doch.

Plötzlich also zu teuer - obwohl die anbietenden Generalunternehmen natürlich auch spekuliert und Dumpingpreise eingesetzt haben, die sie im Ernstfall gar nicht halten könnten. Üblich sind da zwei Lösungen: Entweder weiteres aufstocken der öffentlichen Subventionen oder aber weniger, schlechter, ruinöser bauen. Man darf gespannt sein, auf was sich Politik und Verwaltungsspitze einlassen werden.

Zwanzig Experten sollen nun die Kosten herunterrechnen – funktional weniger wollen, technisch und konstruktiv unsicherer bauen, material- und infrastrukturensparend, baupolitisch rücksichtsloser vorgehen usw. usf. Auf die Idee, das Ganze zu lassen, dürfen sie nicht kommen, dafür werden sie nicht bezahlt.

Die Stimmen mehren sich, die sagen, Schluss damit. Die Alkoholfahne der zehn Jahre alten Schnapsidee würde verfliegen. Endlich könnte ein zweckmäßiger und schöner Hauptbahnhof gebaut werden. Investoren mit Augenmaß könnten aufatmen und die Stadt wieder entdecken. Die öffentlichen Gelder könnten nützliche Verwendung finden.

Der Gewinn für die Menschen wäre immens. Politik

und Verwaltungsspitze aber bleiben neoliberal, lernunfähig. Ihr nächstes "3do" heißt "U". Derweil brechen die Sozialverhältnisse weiter ein.

Und eine Anfrage zum Rat am 15. Februar:

... den Lokalmedien vom 27.01.07 war zu entnehmen, dass die Investorin die Ergebnisse der Ausschreibung für den ersten Teil der Arbeiten für das geplante "3do" mit Bestürzung zur Kenntnis genommen hat. Die Angebote waren offenbar generell höher ausgefallen als vermutet und zu hoch für die Renditeerwartungen.

Nun soll eine Expertenrunde kurzfristig nach Möglichkeiten zur Kostensenkung suchen, "ohne dass Abstriche bei Sicherheit, Qualität und Funktionalität gemacht werden." Diese Nachricht muss beunruhigen – welche anderen Kriterien kann es geben, um Kosten zu senken? Es ist ja davon auszugehen, dass die Angebote bereits am unteren Limit kalkuliert sind, hart am Rande des Dumping.

Namens "Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" frage ich:

1. Kennen Sie die Kriterien, unter denen nach Möglichkeiten zur Kostensenkung gesucht wird?
2. Werden mit den geplanten Kostensenkungen Vereinbarungen zwischen Stadt und Investorin berührt? Wenn ja, in welchen Teilen?
3. Kann es Absichten geben, das "3do" in Substanz, Volumen und Baukörperform zu verändern – z. B. es zu verkleinern?
4. Kann es Absichten geben, die Kosten zu senken durch Druck auf die anbietenden Unternehmen, die geltenden Rahmen- und Lohntarife und gesetzlichen Grundlagen für das Bauen zu unterschreiten?
5. In welcher Form erhält die Stadt in dieser Phase eine Möglichkeit zur Einflussnahme?

Heisser Herbst ... und wie geht es weiter?

Einladung zu einem Erfahrungsaustausch von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern
am Mittwoch, 14.02.2007 um 19.00 Uhr im Z*

Mehr als 220.000 Menschen sind aufgestanden und haben am 21.10.2006 an den vom DGB veranstalteten Protestaktionen gegen die sozialreaktionäre Politik von Kapital und Kabinett teilgenommen. Sie haben gegen die gigantische Abzocke der kleinen Leute durch Kapital und Kabinett und für eine soziale Politik im Interesse der Lohnabhängigen demonstriert. Natürlich sind die Proteste noch zu schwach. Dennoch hat dieser Protesttag Wirkung bei den neoliberalen Politikern gezeigt. Denn jetzt versuchen sie, ihre sogenannten „Reformwerke“ beschleunigt durchzupeitschen, um weiteren Protestaktionen zuvor zu kommen.

Die Politik der Großen Koalition ist die bruchlose Fortführung der Vorgängerregierungen der Umverteilung von unten nach oben und des beschleunigten Sozialabbaus. Der zeitgenössische Kapitalismus nährt seine hohen Kapitalrenditen zum großen Teil aus der Umverteilung, durch die Senkung der Löhne und Gehälter und durch die staatliche Steuerpolitik. Konzerne, die Milliarden Gewinne schef-

feln, vernichten Tausende von Arbeitsplätzen, erpressen Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerungen mit Abwanderungsdrohungen. Staatliche Leistungen werden brutal gekürzt, staatliche Einrichtungen werden aufgelöst, Arbeitsplätze vernichtet und die Arbeit den verbleibenden Beschäftigten im öffentlichen Dienst zusätzlich aufgesteckt.

Entscheidend ist, dass der 21.10. nicht als Endpunkt, sondern als Auftakt für weitere Proteste begriffen wird. Es ist deshalb notwendig, im Zusammenhang mit den Protesten des 21.10. die vielfältigen Aktionen und Kämpfe um den Erhalt von Arbeitsplätzen gegen die Arbeitsplatzvernichter der letzten Monate und Wochen, gegen die Privatisierung und Schließung öffentlicher Einrichtungen und die Tarifaueinandersetzungen zu sehen.

In Dortmund standen und stehen u. a. die Kolleginnen und Kollegen der Allianz, von HSP, Deilmann-Haniel, Burger King, des Versorgungsamtes und der Stadtverwaltung in solchen Auseinandersetzungen.

"Linkes Bündnis Dortmund – Parteilose Linke, DKP und SDAJ" lädt deshalb dazu ein, die Erfahrungen aus diesen Kämpfen und Auseinandersetzungen zusammenzutragen, auszuwerten und Ideen für die Zukunft zu entwickeln.

* Z: Zentrum für Politik und Kultur, Oesterholzstraße 27, nahe am Borsigplatz

Wir freuen uns über jede Leserin und jeden Leser unserer "Informationen und Positionen" und über jede Rückmeldung: Was gefällt, was gefällt nicht, was fehlt, was soll sein, was muss nicht sein? Wer "Informationen und Positionen" nicht mehr haben möchte, muss sich einfach melden. Wer jemanden weiß, der sie bekommen sollte, kann sich auch melden.

